Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/11509
13.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 26. September 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

A. Problem und Ziel

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mit der Regierung der Tunesischen Republik ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich unterzeichnet. Ziel des Abkommens ist es, die Wirksamkeit der deutsch-tunesischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten der organisierten und der schweren Kriminalität, des Terrorismus sowie im Bereich der Migration und der technischen Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu steigern und dadurch die innere Sicherheit in beiden Staaten zu erhöhen.

B. Lösung

Durch das Gesetz sollen die nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderlichen Voraussetzungen für die Abgabe der nach Artikel 13 Absatz 1 des Abkommens vorgesehenen deutschen Ratifikationsersatzmitteilung und damit für das Inkrafttreten des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine.

2. Vollzugsaufwand

Keiner.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Es werden keine Informationspflichten neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Das Abkommen, für das durch dieses Gesetz die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für die Abgabe der deutschen Ratifikationsersatzmitteilung und damit für das Inkrafttreten geschaffen werden sollen, enthält 13 Informationspflichten für die Verwaltung. Daraus resultierender personeller und finanzieller Mehrbedarf wird im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen.

F. Weitere Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 13. März 2017

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 26. September 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 954. Sitzung am 10. März 2017 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 26. September 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 26. September 2016 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Absatz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Absatz 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die private Wirtschaft und private Verbraucher nicht entstehen.

Das Abkommen steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Durch eine verbesserte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Terrorismus wird insbesondere der Indikatorbereich Nummer 15 umgesetzt, Kriminalität zu bekämpfen und die persönliche Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiter zu erhöhen. Andere Nachhaltigkeitsaspekte werden nicht berührt.

Es werden 13 Informationspflichten für die Verwaltung eingeführt. Diese ergeben sich aus Artikel 2 Absatz 2 Nummer 2, 6, 7 und 8, Artikel 4 Absatz 2 Nummer 1, den Artikeln 6 und 7 Absatz 3, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 10 Nummer 1, 3 und 4, Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 13 Absatz 1 des Abkommens. Daraus resultierender personeller und finanzieller Mehrbedarf wird im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen. Da es sich um die Umsetzung eines internationalen Abkommens handelt, erfolgt keine detaillierte Darstellung der Informationspflichten. Der Nationale Normenkontrollrat hat in diesem Fall von einer Stellungnahme abgesehen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tunisienne relatif à la coopération en matière de sécurité

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tunesischen Republik,

im Folgenden als „Vertragsparteien" bezeichnet –

bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik weiter zu festigen und zu entwickeln,

in der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit für die wirksame Verhütung, Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten, insbesondere der organisierten und der schweren Kriminalität, des Terrorismus, der Betäubungsmittel- und Grundstoffkriminalität, des illegalen Waffenhandels sowie der illegalen Migration und Einschleusung von Personen unter Wahrung des Flüchtlingsschutzes, von großer Bedeutung ist,

in dem Wunsch, sich gegenseitig zu unterstützen und im Bereich der gegenseitigen Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu Gunsten der Bevölkerung stärker zusammenzuarbeiten,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor Straftaten zu schützen,

in Anbetracht dessen, dass Wanderungsströme eine große Herausforderung darstellen, der sich die Gesellschaften und die Vertragsparteien derzeit gegenüber sehen,

entschlossen, an der Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten der Migration zwischen Afrika und Europa aktiv mitzuwirken,

eingedenk der Ziele und Grundsätze der völkerrechtlichen Übereinkünfte, die für beide Staaten verbindlich sind, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung und der humanitären Hilfe sowie der Gemeinsamen Absichtserklärung vom 13. Dezember 2011 zwischen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk der Bundesrepublik Deutschland (THW) und dem Amt für Zivilschutz der Tunesischen Republik (ONPC) –

sind wie folgt übereingekommen:

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

et

le Gouvernement de la République tunisienne,

ci-après dénommés «les Parties contractantes» –

Soucieux de consolider et développer davantage les relations amicales entre la République fédérale d'Allemagne et la République tunisienne,

Convaincus que la coopération revêt une grande importance pour prévenir, combattre et élucider efficacement les infractions, notamment celles du crime organisé, de la grande criminalité, du terrorisme, de la criminalité liée aux stupéfiants et à leurs précurseurs, du trafic illégal d'armes ainsi que, dans le respect de la protection des réfugiés, de la migration illégale et de l'introduction clandestine de personnes,

Désireux de se soutenir réciproquement et de renforcer la coopération dans le domaine de l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves au profit de la population,

Animés du désir de protéger efficacement les citoyens de leurs États et les autres personnes présentes sur leur territoire national contre les infractions,

Considérant que les flux migratoires constituent un grand défi auquel les sociétés et les Parties contractantes sont actuellement confrontées,

Déterminés à participer activement à la coopération entre les États d'origine, de transit et de destination des migrations entre l'Afrique et l'Europe,

Rappelant les objectifs et principes des instruments de droit contraignants pour les deux États, ainsi que les résolutions des Nations Unies et de leurs institutions spécialisées dans le domaine de la lutte contre la criminalité et le terrorisme et de l'aide humanitaire et la Déclaration d'intention commune du 13 décembre 2011 entre l'Agence Fédérale de Secours Technique de la République fédérale d'Allemagne (THW) et l'Office national de la protection civile de la République tunisienne (ONPC) –

sont convenus de ce qui suit:

Artikel 1

Gegenstand der Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts durch ihre zuständigen Stellen bei der Verhütung, der Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten der organisierten und der schweren Kriminalität, des Terrorismus sowie im Bereich der Migration und der technischen Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zusammen.

Article 1

Objet de la coopération

Dans le respect de leur droit national respectif, les Parties contractantes coopèrent, par le biais de leurs services compétents respectifs, en matière de prévention, de répression et d'élucidation d'infractions pénales liées au crime organisé, à la grande criminalité et au terrorisme, ainsi que dans le domaine de la migration et de l'assistance technique en cas de catastrophes ou d'accidents graves.

Artikel 2

Zusammenarbeit im Bereich der organisierten und schweren Kriminalität und des Terrorismus

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Verhütung, der Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten der organisierten und der schweren Kriminalität und des Terrorismus zusammen, insbesondere in den folgenden Bereichen:

1. Straftaten gegen das Leben, den Körper und die Gesundheit sowie die persönliche Freiheit;
2. Terrorismus und Terrorismusfinanzierung;
3. unerlaubter Anbau, unerlaubte Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr von sowie unerlaubter Handel mit Betäubungsmitteln (Suchtstoffe, psychotrope Stoffe) sowie Stoffen, die häufig für die unerlaubte Herstellung von Betäubungsmitteln verwendet werden (Grundstoffe);
4. Arzneimittelkriminalität;
5. Zuhälterei und Menschenhandel;
6. Einschleusung von Personen und illegale Migration;
7. unerlaubte Herstellung, unerlaubter Handel mit und Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoff sowie von chemischen Gefahrstoffen und Waffen, von biologischen Agenzien und Waffen sowie von radioaktiven und nuklearen Stoffen und Waffen;
8. unerlaubter Handel mit Waren, Software und Technologien mit einem möglichen doppelten Verwendungszweck;
9. unerlaubter Handel mit Kulturgut;
10. Erpressung, Schutzgelderpressung und erpresserischer Menschenraub;
11. Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere;
12. Herstellung falscher und Verfälschung amtlicher Dokumente und Urkunden;
13. Eigentumskriminalität;
14. internationale Verschiebung von Kraftfahrzeugen;
15. Betrug, einschließlich Subventionsbetrug;
16. Steuer- und Zollhinterziehung;
17. Korruption;
18. Falschspiel und unerlaubtes Glücksspiel;
19. Geldwäsche;
20. Straftaten gegen die Umwelt;
21. Computerkriminalität;
22. Straftaten gegen das geistige Eigentum bzw. Produkt- und Markenpiraterie.

(2) Zu diesem Zweck werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der zur Verfügung stehenden Mittel nach Maßgabe des Artikels 12

Article 2

Coopération dans le domaine du crime organisé, de la grande criminalité et du terrorisme

(1) Dans le respect de leur droit national respectif, les Parties contractantes coopèrent en matière de prévention, de répression et d'élucidation d'infractions liées au crime organisé, à la grande criminalité et au terrorisme, notamment dans les domaines suivants:

1. atteintes à la vie, à l'intégrité physique et à la santé ainsi qu'à la liberté individuelle;
2. terrorisme et financement du terrorisme;
3. culture, fabrication, production, préparation, stockage, importation, exportation, transit et trafic illicites de stupéfiants (drogues, substances psychotropes) ainsi que de substances souvent utilisées pour la fabrication illicite de stupéfiants (précurseurs);
4. criminalité dans le domaine des médicaments;
5. proxénétisme et traite des êtres humains;
6. introduction clandestine de personnes et migration illégale;
7. fabrication illicite, trafic illicite et contrebande d'armes, de munitions et d'explosifs ainsi que d'armes et matières dangereuses chimiques, d'agents et armes biologiques ainsi que de substances et armes radioactives et nucléaires;
8. trafic illicite de biens, de logiciels et de technologies à double usage potentiel;
9. trafic illicite de biens culturels;
10. racket, extorsion de fonds et enlèvement aux fins d'extorsion;
11. fabrication et diffusion de fausse monnaie, falsification de moyens de paiement scripturaux ou de titres ainsi qu'utilisation de moyens de paiement scripturaux ou de titres falsifiés;
12. contrefaçon et altération de documents et actes officiels;
13. atteintes à la propriété;
14. trafic international de véhicules volés;
15. fraude, y compris fraude aux subventions;
16. fraude fiscale et douanière;
17. corruption;
18. fraude au jeu et jeux de hasard illicites;
19. blanchiment d'argent;
20. atteintes à l'environnement;
21. criminalité informatique;
22. atteintes à la propriété intellectuelle et/ou piratage et contrefaçon.

(2) À cet effet et conformément aux dispositions de l'article 12, les Parties contractantes, dans la mesure de leurs possibilités et des moyens disponibles,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. Fachleute zur gegenseitigen Information über Arten und Methoden der Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung und für besondere Formen der Kriminalitätsbekämpfung und der Kriminaltechnik austauschen;

2. einander Informationen und Personalien zu Tatbeteiligten an Straftaten, über Strukturen der Tätergruppen und kriminellen Organisationen und die Verbindungen zwischen ihnen, typisches Täter- und Gruppenverhalten, den Sachverhalt, insbesondere die Tatzeit, den Tatort, die Begehungsweise, die Tatmittel, Besonderheiten sowie die verletzten Strafnormen und getroffenen Maßnahmen nach Maßgabe des Artikels 10 mitteilen, soweit dies für die Verhütung, Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten von erheblicher Bedeutung oder zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Einzelfall erforderlich ist;

3. auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen operativen Maßnahmen durchführen, wobei sie die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten können;

4. bei operativen Ermittlungen durch aufeinander abgestimmte polizeiliche Maßnahmen zusammenarbeiten und dabei personell, materiell und organisatorisch Unterstützung leisten;

5. gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Aufklärung unerlaubter Handlungen mit Betäubungsmitteln und Grundstoffen nach Artikel 2 Absatz 1 Nummer 3 durchführen;

6. Erfahrungen und Informationen insbesondere über gebräuchliche Methoden der internationalen Kriminalität sowie neue Erscheinungsformen der Straftatbegehung austauschen;

7. Erfahrungen über Prävention und Bekämpfung von terroristischen Straftaten, bei denen chemische Stoffe und Waffen eingesetzt werden, sowie über moderne Techniken zur Bewältigung der Folgen entsprechender Freisetzungen austauschen;

8. bei Bedarf im Bereich der kriminalistischen und kriminologischen Forschung zusammenarbeiten und Forschungsergebnisse austauschen;

9. im Bereich der kriminalistischen Begutachtung zusammenarbeiten;

10. einander Muster von Gegenständen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet worden sind oder mit welchen Missbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;

11. einander bei der Aus- und Fortbildung, insbesondere durch die Durchführung von Seminaren, Lehrgängen und praktischen Übungen, die Entsendung von Fachleuten zum Erfahrungsaustausch sowie die Erarbeitung von Aus- und Fortbildungsprogrammen unterstützen;

12. nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen der jeweiligen Vertragspartei im Einzelfall technische Unterstützung leisten;

13. nach Bedarf und im Rahmen konkreter Ermittlungsverfahren zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen Arbeitstreffen abhalten.

(3) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere in den Fällen zusammen, in denen kriminelle oder terroristische Handlungen oder Vorbereitungen zu solchen Handlungen im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien begangen werden und es Hinweise

1. échangeront des experts aux fins d'une information mutuelle sur les modes et méthodes de prévention et de répression de la criminalité, et en matière d'approches spécifiques relatives à la répression de la criminalité et à la police scientifique et technique;

2. se communiqueront mutuellement conformément aux dispositions de l'article 10, dans la mesure où ceci s'impose pour prévenir, combattre et élucider des infractions graves ou pour écarter, dans un cas concret, une menace grave pour la sécurité publique, les informations et données personnelles concernant les personnes ayant participé à des infractions, les structures des bandes de malfaiteurs et des organisations criminelles et les liens entre eux, les comportements typiques de malfaiteurs ou de bandes, les faits, notamment l'heure et le lieu de perpétration de l'infraction, le mode de perpétration, les moyens utilisés, les particularités ainsi que les normes pénales violées et les mesures prises;

3. mettront en œuvre, sur requête, les mesures opérationnelles admises par le droit de la Partie contractante respectivement requise; elles pourront à ce titre autoriser la présence de représentants des autorités compétentes de l'autre Partie contractante lors de la mise en œuvre des mesures opérationnelles;

4. coopéreront lors d'enquêtes opérationnelles par des mesures policières concertées, et se prêteront, à cet effet, un soutien au niveau du personnel, du matériel et de l'organisation;

5. mettront en œuvre des mesures conjointes visant à prévenir, combattre et élucider les actes illicites impliquant des stupéfiants et des précurseurs visés au paragraphe 3 de l'alinéa premier de l'article 2;

6. échangeront leurs expériences et des informations relatives notamment aux méthodes courantes de la criminalité internationale ainsi qu'à de nouvelles manifestations de la perpétration d'infractions;

7. échangeront leurs expériences relatives à la prévention et à la répression des infractions terroristes commises en utilisant des matières et armes chimiques ainsi qu'aux techniques modernes de gestion des incidences des émissions y afférentes;

8. coopéreront en fonction des besoins dans le domaine de la recherche criminalistique et criminologique et échangeront les résultats de la recherche;

9. coopéreront dans le domaine des expertises criminalistiques;

10. se fourniront mutuellement des échantillons d'objets obtenus par ou utilisés dans des infractions ou à des fins abusives;

11. se soutiendront mutuellement dans la formation initiale et continue, notamment par l'organisation de séminaires, de cours et d'exercices pratiques, par l'envoi d'experts pour des échanges d'expériences ainsi que par l'élaboration de programmes de formation initiale et continue;

12. se prêteront une assistance technique dans des cas concrets en fonction des ressources humaines et financières dont dispose respectivement chaque Partie contractante;

13. tiendront, selon les besoins et dans le cadre de procédures d'enquête concrètes, des réunions de travail en vue de préparer et de mettre en œuvre des mesures conjointes.

(3) Les Parties contractantes coopèrent notamment dans les cas où des actes criminels ou terroristes ou des préparatifs à de tels actes interviennent sur le territoire de l'une des Parties contractantes et où des indices portent à croire que ces actes

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

dafür gibt, dass diese Handlungen auch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betreffen oder deren Sicherheit bedrohen können.

Artikel 3

Zusammenarbeit im Bereich der Migration

(1) Im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der zur Verfügung stehenden Mittel unterstützt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Regierung der Tunesischen Republik bei der Gestaltung und Umsetzung von gesetzlichen Regelungen und von Maßnahmen des Kapazitätsaufbaus im Migrationsmanagement, um eine geordnete und kooperative Steuerung der Migration zu erreichen. Diese gesetzlichen Regelungen und Maßnahmen umfassen insbesondere folgende Bereiche:

1. Sicherstellung des Schutzes der Rechte von Migranten und Flüchtlingen entsprechend den internationalen Standards;
2. Bereitstellung von Informations- und Orientierungsleistungen
   a) zu legalen Migrationswegen in das Gebiet von Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und insbesondere zu den rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen der (befristeten) Zuwanderung Drittstaatsangehöriger, zum Bedarf der Arbeitsmärkte sowie zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der unterschiedlichen Zielstaaten innerhalb der EU;
   b) zu den mit illegaler Migration verbundenen Risiken, insbesondere der Migration mit Hilfe von Schleusern.

(2) Zum Zweck der Zusammenarbeit im Bereich der illegalen Migration werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der zur Verfügung stehenden Mittel nach Maßgabe des Artikels 12

1. Schulungen von Bediensteten von Konsulaten und Migrationsbehörden beider Vertragsparteien, darunter spezielle Schulungen zur Begutachtung falscher und verfälschter amtlicher Dokumente und Urkunden und zur Anwendung biometrischer Verfahren durchführen;
2. die Zusammenarbeit mit Nachbar- und Transitstaaten zur Verbesserung und Verstärkung von Grenzkontrollen fördern;
3. die Einführung biometrischer Verfahren und die Gewährleistung der Sicherheit der nationalen Identitätsdokumente unterstützen;
4. die Durchführung von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen zu den Risiken von illegaler Migration, Schleusungskriminalität und Menschenhandel fördern.

Artikel 4

Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes

(1) Die Vertragsparteien arbeiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der zur Verfügung stehenden Mittel nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts und auf freiwilliger Basis bei der Ausbildung und Ausstattung im Bereich des Katastrophenschutzes und bei der Bewältigung von Katastrophen und schweren Unglücksfällen zusammen.

(2) Zu diesem Zweck werden die Vertragsparteien nach Maßgabe des Artikels 12 den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Behörden und Fachleuten verstärken, indem

1. bedarfsorientiert Fachleute ihr Wissen über Arten und Methoden der technischen Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen sowie zu den Kernbereichen des nationalen Bevölkerungsschutzes, wie dem Aufbau integrierter Warnsysteme, dem Schutz kritischer Infrastrukturen, der Risiko-

concernent également le territoire de l'autre Partie contractante ou sont susceptibles de menacer sa sécurité.

Article 3

Coopération dans le domaine de la migration

(1) Dans la mesure de ses possibilités et des moyens disponibles, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne soutient le Gouvernement de la République tunisienne dans l'élaboration et la mise en œuvre de réglementations légales et de mesures de renforcement des capacités dans la gestion des migrations en vue d'aboutir à une maîtrise ordonnée et coopérative de la migration. Ces réglementations légales et mesures couvrent notamment les domaines suivants:

1. garantie de la protection des droits des migrants et réfugiés selon les normes internationales;
2. mise à disposition de prestations d'information et d'orientation
   a) relatives aux voies de migration légales vers le territoire des États membres de l'Union européenne (UE) et notamment relatives aux conditions-cadre juridiques et factuelles de l'immigration (à durée limitée) de ressortissants d'États tiers, aux besoins des marchés de l'emploi ainsi qu'aux conditions de vie et de travail dans les différents États de destination au sein de l'UE;
   b) relatives aux risques liés à la migration illégale, notamment à la migration faisant appel à l'aide de passeurs.

(2) Dans l'optique de la coopération dans le domaine de la migration illégale, et dans la mesure de leurs possibilités et des moyens disponibles ainsi que conformément aux dispositions de l'article 12, les Parties contractantes

1. organiseront des formations d'agents des consulats et des autorités chargées de la migration des deux Parties contractantes, entre autres des séminaires spécifiques sur l'identification des documents ou actes officiels falsifiés ou altérés et sur l'utilisation des procédés biométriques;
2. soutiendront la coopération avec les États voisins et de transit en vue d'améliorer et de renforcer les contrôles aux frontières;
3. soutiendront l'introduction de procédés biométriques et la garantie de la sécurité des documents d'identité nationaux;
4. promouvront la mise en œuvre de campagnes de sensibilisation et d'information sur les risques de la migration illégale, de la criminalité liée aux filières d'immigration clandestine et de la traite des êtres humains.

Article 4

Coopération dans le domaine de la protection civile

(1) Dans la mesure de leurs possibilités et des moyens disponibles, les Parties contractantes coopèrent, dans le respect de leur droit national respectif et sur une base volontaire, en matière de formation et d'équipement de protection civile et dans la gestion des catastrophes et accidents graves.

(2) À cet effet, les Parties contractantes renforceront, conformément aux dispositions de l'article 12, l'échange d'informations et d'expériences entre les autorités et experts en:

1. faisant échanger, en fonction des besoins, les experts concernant leurs savoirs sur les modes et méthodes de l'assistance technique en cas de catastrophes ou d'accidents graves ainsi que sur les éléments clé du système national de protection des populations, tel que la mise sur pied de

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

analyse und dem Schutz vor chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahren (CBRN-Gefahren), austauschen;

2. die gegenseitige Unterstützung bei der Fort- und Fachausbildung von Führungskräften intensiviert wird;
3. nach Möglichkeit gemeinsame Übungen vorbereitet und durchgeführt werden;
4. entsprechend der Verfügbarkeit an Personal und Ausrüstung Teams zur Bewältigung der Folgen bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen entsendet werden.

systèmes d'alerte intégrés, la protection des infrastructures critiques, l'analyse des risques, et la protection contre les menaces nucléaires, radiologiques, biologiques et chimiques (menaces NRBC);

2. intensifiant le soutien mutuel dans la formation continue et spécialisée des cadres dirigeants;
3. préparant et réalisant si possible des exercices conjoints;
4. envoyant, dans la mesure où les personnels et équipements sont disponibles, des équipes de gestion des conséquences des catastrophes et accidents graves.

Artikel 5

Entsendung von Verbindungsbeamten

(1) Eine Vertragspartei kann bei Bedarf mit Zustimmung der anderen Vertragspartei Verbindungsbeamte entsenden.

(2) Die Verbindungsbeamten werden ohne selbstständige Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse unterstützend und beratend tätig. Sie erteilen Auskünfte und erledigen ihre Aufgaben im Rahmen der Weisungen der entsendenden Vertragspartei unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Vertragspartei.

Article 5

Détachement de fonctionnaires de liaison

(1) En cas de besoin et avec l'autorisation de l'autre Partie contractante, une Partie contractante peut détacher des fonctionnaires de liaison.

(2) Les fonctionnaires de liaison assurent des fonctions consultatives et d'assistance sans exercer à titre autonome des pouvoirs de puissance publique. Ils fournissent des renseignements et assument leurs missions dans le cadre des instructions de la Partie contractante qui les détache et dans le respect du droit national de la Partie contractante qui les accueille.

Artikel 6

Sicherheit von Reisedokumenten

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Fälschungssicherheit von Reisedokumenten auf höchstem Niveau zu gewährleisten. In Anbetracht dessen, dass beide Staaten Reisedokumente verwenden, die internationalen Standards genügen, werden sie diese in Zukunft hinsichtlich der Einhaltung der von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) empfohlenen Mindestsicherheitsstandards für maschinenlesbare Reisedokumente überprüfen und gegebenenfalls so bald wie möglich anpassen. Außerdem treiben sie die notwendigen technischen Entwicklungsarbeiten voran, um biometrische Merkmale in ihre jeweiligen Reisedokumente aufzunehmen, soweit nicht bereits geschehen. Beide Vertragsparteien unterstützen die Standardisierungsbemühungen der ICAO unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Empfehlungen. Die Vertragsparteien arbeiten im Bereich der Sicherheit von Reisedokumenten zusammen, unterrichten einander über die für ihre jeweiligen Reisedokumente getroffenen Maßnahmen und tauschen Muster der Reisedokumente aus.

Article 6

Sécurité des documents de voyage

Les Parties contractantes s'engagent à assurer le plus haut niveau de sécurisation des documents de voyage contre la falsification ou la contrefaçon. Étant donné que les deux États utilisent des documents de voyage respectant les normes internationales, ils les vérifieront désormais sur le plan du respect des normes minimales de sécurité recommandées par l'Organisation de l'aviation civile internationale (OACI) relatives aux documents de voyage lisibles à la machine, et procéderont le cas échéant dans les plus brefs délais aux adaptations nécessaires. En outre, ils font avancer les travaux de développement technique nécessaires pour intégrer des éléments biométriques dans leurs documents de voyage respectifs dans la mesure où tel n'est pas encore le cas. Les deux Parties contractantes soutiennent les efforts de normalisation de l'OACI en tenant compte des recommandations en la matière. Les Parties contractantes coopèrent dans le domaine de la sécurité des documents de voyage, s'informent mutuellement des mesures prises concernant leurs documents de voyage respectifs et échangent des modèles des documents de voyage.

Artikel 7

Informationsersuchen

(1) Die Übermittlung von Informationen erfolgt vorbehaltlich des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien durch die nach Artikel 8 zuständigen Stellen der einen Vertragspartei auf schriftliches Ersuchen der zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss jedoch unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 erfolgt in deutscher, englischer, französischer oder in einer anderen von den Vertragsparteien vereinbarten Sprache und enthält insbesondere

1. Angaben zum Zweck des Ersuchens,
2. die zur Erfüllung des Ersuchens erforderlichen Informationen,
3. die Angabe, welche Informationen übermittelt werden sollen, und

Article 7

Requêtes d'information

(1) La transmission d'informations est réalisée, dans le respect du droit national des Parties contractantes, par les services compétents d'une Partie contractante visés à l'article 8, sur requête écrite des services compétents de l'autre Partie contractante. Dans les cas d'urgence, la requête peut également être transmise oralement; elle devra cependant sans délai être confirmée par écrit.

(2) La requête visée à l'alinéa premier du présent article est formulée en langue allemande, anglaise, française ou dans une autre langue convenue par les Parties contractantes, et comprend notamment:

1. des informations sur les fins poursuivies par cette requête,
2. les informations nécessaires pour répondre à la requête,
3. l'indication des informations à transmettre, et

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

4. die Fristen für die Erfüllung des Ersuchens, soweit dies notwendig ist.

(3) Die zuständigen Stellen der einen Vertragspartei teilen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts den zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei auch ohne Ersuchen Informationen mit, wenn diese für die andere Vertragspartei bei der Verhütung, Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten der organisierten und der schweren Kriminalität von Bedeutung sind.

(4) Übermittelte Informationen dürfen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei an Dritte weitergegeben werden.

Artikel 8

Zuständige Stellen

(1) Zum Zweck der Durchführung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen den nachfolgend genannten zuständigen Stellen und von diesen jeweils benannten Fachleuten:

1. Zuständige Stellen sind auf Seiten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
   a) Bundesministerium des Innern,
   b) Bundesministerium der Finanzen,
   c) Bundesministerium für Gesundheit,
   d) Bundeskriminalamt,
   e) Bundespolizeipräsidium,
   f) Zollkriminalamt,
   g) Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte,
   h) Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe,
   i) Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.
2. Zuständige Stellen sind auf Seiten der Regierung der Tunesischen Republik:
   a) Innenministerium,
   b) Finanzministerium (Zoll),
   c) Justizministerium,
   d) Gesundheitsministerium.

(2) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Stellen an, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 9

Konsultationen und Durchführungsprotokoll

Die Vertragsparteien halten bei Bedarf nach Vereinbarung Konsultationen ab, um der Zusammenarbeit nach den Artikeln 1 bis 4 mehr Wirksamkeit zu verleihen. Einzelheiten und Verfahren der in den Artikeln 1 bis 4 vereinbarten Zusammenarbeit können gesondert schriftlich festgelegt werden.

Artikel 10

Schutz personenbezogener Daten

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Folgenden als „Daten“ bezeichnet, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 8 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen

4. si nécessaire, les délais de réponse pour cette requête.

(3) Même sans requête, les services compétents d'une Partie contractante transmettent, dans le respect de leur droit national, des informations aux services compétents de l'autre Partie contractante lorsque celles-ci sont importantes pour l'autre Partie contractante dans la prévention, la répression et l'élucidation d'infractions du crime organisé et de la grande criminalité.

(4) Les informations transmises ne peuvent pas être divulguées à des tiers sans l'accord écrit préalable de la Partie contractante les ayant transmises.

Article 8

Services compétents

(1) Aux fins de la mise en œuvre du présent accord, la coopération entre les Parties contractantes est assurée directement entre les services nommés ci-après et les experts désignés par ces derniers:

1. Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, les services compétents sont:
   a) le Ministère fédéral de l'Intérieur,
   b) le Ministère fédéral des Finances,
   c) le Ministère fédéral de la Santé,
   d) l'Office fédéral de police criminelle,
   e) l'Office central de la Police fédérale,
   f) l'Office criminel des douanes,
   g) l'Institut fédéral des médicaments et des dispositifs médicaux,
   h) l'Office fédéral pour la protection des populations et l'assistance en cas de catastrophes,
   i) l'Agence fédérale de secours technique.
2. Pour le Gouvernement de la République tunisienne, les services compétents sont:
   a) le Ministère de l'Intérieur,
   b) le Ministère des Finances (le Service des douanes),
   c) le Ministère de la Justice,
   d) le Ministère de la Santé.

(2) Les Parties contractantes se communiquent, par la voie diplomatique, les changements intervenant au niveau des compétences ou des dénominations des services mettant en œuvre le présent accord.

Article 9

Consultations et protocole d'application

En cas de besoin, les Parties contractantes tiennent des consultations en vue d'améliorer l'efficacité de la coopération visée aux articles 1 à 4. Les détails et procédures de la coopération visée aux articles 1 à 4 peuvent être fixés séparément par écrit.

Article 10

Protection des données à caractère personnel

La transmission et l'utilisation des données à caractère personnel, ci-après dénommées «données», dans le cadre du présent accord sont réalisées par les services compétents des Parties contractantes visés à l'article 8, conformément au droit national de chaque Partie contractante et dans le respect des dispositions suivantes:

1. Le service destinataire d'une Partie contractante informe le service émetteur de l'autre Partie contractante, sur sa

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

2. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zweck der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.

3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu ihm vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Sein Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.

5. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, so ist ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässigerweise übermittelten Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.

8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 11

Grenzen der Zusammenarbeit

(1) Jede Vertragspartei kann die Zusammenarbeit nach diesem Abkommen ganz oder teilweise verweigern oder von Bedingungen abhängig machen, wenn die Zusammenarbeit

1. ihre Souveränität, ihre Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigt,

2. im Widerspruch zu ihrem innerstaatlich anwendbaren Recht steht und besonders bei technischer Hilfe nach Katastrophen

requête, de l'utilisation faite des données transmises et des résultats ainsi obtenus.

2. Le service destinataire ne peut utiliser les données qu'aux fins indiquées dans le présent accord et aux conditions déterminées par le service émetteur. Leur utilisation est par ailleurs autorisée pour prévenir et élucider des infractions graves ainsi que pour écarter des menaces graves à la sécurité publique.

3. Le service émetteur est tenu de veiller à l'exactitude des données à transmettre ainsi qu'à leur nécessité et à leur proportionnalité par rapport aux fins prévues de la transmission. À cet égard, les interdictions de transmission applicables en vertu du droit national respectif doivent être respectées. La transmission des données est refusée lorsque le service émetteur est porté à croire que ceci violerait l'objet d'une loi nationale ou porterait atteinte à des intérêts dignes de protection des personnes concernées. S'il s'avère que des données incorrectes ou qui n'auraient pas dû être transmises ont été fournies, le service destinataire doit en être informé sans délai. Celui-ci est tenu de procéder sans délai à la correction ou à l'effacement des données.

4. Sur demande, une personne concernée a droit d'obtenir des informations sur les données existantes la concernant ainsi que sur les fins prévues de leur utilisation. Son droit d'être informée s'exerce dans le respect du droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle elle demande cette information. Une telle information peut être refusée si l'intérêt de l'État à ne pas fournir cette information prévaut sur l'intérêt du demandeur.

5. Le service destinataire est tenu, conformément à son droit national, d'indemniser tout dommage causé illicitement à une personne du fait de la transmission de données en vertu du présent accord. Il ne peut invoquer vis-à-vis de la victime le fait que le dommage ait été causé par le service émetteur. Si le service destinataire est tenu à réparation en raison de l'utilisation de données incorrectes transmises ou de données qui n'auraient pas dû être transmises, le service émetteur rembourse intégralement les sommes versées en réparation par le service destinataire.

6. Lors de la transmission des données, le service émetteur fait connaître les délais que son droit national prévoit pour la conservation de ces données, à l'expiration desquels les données doivent être effacées. Indépendamment de ces délais, les données transmises doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires aux fins auxquelles elles ont été transmises.

7. Les services émetteur et destinataire veillent à ce que la transmission et la réception des données soient consignées.

8. Les services émetteur et destinataire sont tenus de protéger efficacement les données transmises contre tout accès, altération et divulgation non autorisés.

Article 11

Limites de la coopération

(1) Chaque Partie contractante peut, en tout ou en partie, refuser la coopération visée par le présent accord, ou la soumettre à des conditions, dans la mesure où cette coopération

1. affecte sa souveraineté, sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels,

2. est contraire à son droit national applicable et relève, notamment dans le cas de l'assistance technique en cas de catas-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

und schweren Unglücksfällen in die Zuständigkeit der deutschen Bundesländer fällt,

3. ihre Ermittlungen oder laufenden Maßnahmen gefährdet,

4. einer in ihrem Hoheitsgebiet erlassenen richterlichen Anordnung widerspricht,

5. sich auf eine Handlung bezieht, die nach dem Recht der ersuchten Partei nicht strafbar ist.

(2) Die die Zusammenarbeit ablehnende Vertragspartei hat die ersuchende Vertragspartei über die der Ablehnung zugrunde liegenden Gründe schriftlich zu informieren.

Artikel 12

Beachtung der Gesetze und sonstigen Vorschriften der Vertragsparteien und Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Übereinkünften

(1) Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien in allen in diesem Abkommen genannten Bereichen erfolgt nach Maßgabe ihres innerstaatlich anwendbaren Rechts.

(2) Dieses Abkommen berührt weder die innerstaatlichen Bestimmungen über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen noch sonstige in zweiseitigen und mehrseitigen völkerrechtlichen Übereinkünften enthaltenen Verpflichtungen der Vertragsparteien. Dieses Abkommen dient nicht als Grundlage für Ersuchen um die Übermittlung von Daten oder Informationen zum Zweck der Verwendung als Beweismittel in Strafverfahren. Auf der Grundlage dieses Abkommens übermittelte Daten und Informationen dürfen zu diesem Zweck nicht ohne die vorherige Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei, die nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und in Übereinstimmung mit den anwendbaren zweiseitigen oder mehrseitigen völkerrechtlichen Übereinkünften über die Rechtshilfe in Strafsachen zu erteilen ist, verwendet werden.

Artikel 13

Inkrafttreten und Außerkrafttreten vorheriger völkerrechtlicher Übereinkünfte

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die zweite der beiden Notifikationen eingeht, mit der eine der Vertragsparteien der anderen Vertragspartei mitteilt, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen setzt mit seinem Inkrafttreten das Abkommen vom 7. April 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung außer Kraft.

(3) Auf Ersuchen einer der Vertragsparteien kann im Einvernehmen dieses Abkommen überarbeitet werden. Die verabschiedeten Änderungen treten nach dem in Absatz 1 vorgesehenen Verfahren in Kraft.

Artikel 14

Geltungsdauer

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Das Abkommen tritt drei Monate nach Zugang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Artikel 15

Registrierung

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten

trophes ou d'accidents graves, de la compétence des Länder allemands,

3. risque de compromettre ses enquêtes ou ses opérations en cours,

4. est contraire à une ordonnance judiciaire rendue sur son territoire national,

5. concerne un acte qui n'est pas sanctionné pénalement dans le droit de la partie requise.

(2) La Partie contractante qui refuse la coopération est tenue d'informer par écrit la Partie contractante requérante des motifs du refus.

Article 12

Respect des lois et autres dispositions légales des Parties contractantes et rapport avec d'autres instruments internationaux

(1) La coopération des Parties contractantes dans tous les domaines visés dans le présent accord se réalise dans le respect de leur droit national applicable.

(2) Le présent accord ne porte pas atteinte aux dispositions nationales relatives à l'extradition et à d'autres formes d'entraide judiciaire en matière pénale ou à l'assistance administrative et à l'entraide judiciaire en matière fiscale ni aux autres obligations des Parties contractantes découlant d'instruments internationaux bilatéraux et multilatéraux. Le présent accord ne sert pas de base pour une requête visant la transmission de données ou d'informations destinées à être utilisées comme moyen de preuve dans le cadre d'une procédure pénale. Les données ou informations transmises sur la base du présent accord ne doivent pas être utilisées à ces fins sans que la Partie contractante les transmettant ait donné son accord préalable dans le respect du droit national et en conformité avec les instruments internationaux bilatéraux ou multilatéraux applicables relatifs à l'entraide en matière pénale.

Article 13

Entrée en vigueur et expiration d'instruments internationaux antérieurs

(1) Le présent accord entre en vigueur à la date de la réception de la deuxième des deux notifications par laquelle l'une des Parties contractantes informe l'autre Partie contractante de l'accomplissement des procédures internes nécessaires à son entrée en vigueur.

(2) Dès que le présent accord entre en vigueur, il abroge l'Accord de coopération du 7 avril 2003 entre le Gouvernement de la République tunisienne et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne dans le domaine de la lutte contre les infractions graves.

(3) Le présent accord peut être révisé d'un commun accord à la demande de l'une des Parties contractantes. Les modifications adoptées entrent en vigueur conformément à la procédure prévue à l'alinéa premier du présent article.

Article 14

Durée de validité

Le présent accord est conclu pour une durée indéterminée. Chacune des Parties contractantes peut le dénoncer par la voie diplomatique sous forme écrite. L'accord cessera d'être applicable trois mois après réception de la dénonciation par l'autre Partie contractante.

Article 15

Enregistrement

Dès son entrée en vigueur, le présent accord sera enregistré sans délai auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Berlin am 26. September 2016 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Unies par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies. L'autre Partie contractante sera informée de l'accomplissement de l'enregistrement et du numéro d'enregistrement attribué par l'Organisation des Nations Unies dès que l'enregistrement aura été confirmé par le Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

Fait à Berlin le 26 septembre 2016 en double exemplaire, en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte allemand et du texte arabe, le texte français prévaudra.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Thomas de Maizière

Für die Regierung der Tunesischen Republik
Pour le Gouvernement de la République tunisienne

Hédi Majdoub

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Denkschrift

Allgemeines

Die internationale Staatengemeinschaft hat der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Terrorismus hohe Priorität eingeräumt. Die Tätergruppen weisen in diesem Bereich ausgeprägte internationale Verflechtungen auf. Die hiermit verbundenen Gefahren für die innere Sicherheit der Staaten machen es erforderlich, dass die zuständigen Behörden auf zwischenstaatlicher Ebene noch intensiver zusammenarbeiten. Ein wirksames Mittel zur gemeinsamen Bekämpfung der organisierten und der schweren Kriminalität und des Terrorismus ist der Abschluss bilateraler Abkommen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 26. September 2016 mit der Regierung der Tunesischen Republik ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich unterzeichnet. Tunesien kommt aufgrund seiner geografischen Lage eine strategische Bedeutung für die Bekämpfung der internationalen Kriminalität zu.

Mit diesem Abkommen sollen die Grundlagen für eine engere und bessere Zusammenarbeit der beiden Staaten geschaffen werden.

Im Einzelnen

Zu Artikel 1

In diesem Artikel wird zunächst in allgemeiner Form der Gegenstand der durch das Abkommen vorgesehenen Zusammenarbeit festgelegt. Dabei wird klargestellt, dass die Zusammenarbeit nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts erfolgt. Das Abkommen regelt die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten und der schweren Kriminalität, des Terrorismus sowie im Bereich der Migration und der technischen Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen.

Zu Artikel 2

In Absatz 1 werden bestimmte Deliktsbereiche als Schwerpunkte der Zusammenarbeit hervorgehoben. Gleichzeitig wird durch das Wort „insbesondere“ klargestellt, dass die Aufzählung nicht abschließend ist.

In Absatz 2 werden die Formen der Zusammenarbeit aufgelistet, wie zum Beispiel der Austausch von Informationen, Erfahrungen und Forschungsergebnissen oder die Durchführung abgestimmter operativer Maßnahmen.

Absatz 3 regelt, dass die Zusammenarbeit insbesondere dann erfolgen soll, wenn durch kriminelle Handlungen oder Vorbereitungen zu solchen Handlungen im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei auch die andere Vertragspartei betroffen ist.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel regelt die Zusammenarbeit im Bereich der Migration. Gemäß Absatz 1 unterstützt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Regierung der Tunesischen Republik bei der Gestaltung und Umsetzung von gesetzlichen Regelungen und Maßnahmen des Kapazitätsaufbaus im Migrationsmanagement.

In Absatz 2 werden die Formen der Zusammenarbeit im Bereich der illegalen Migration aufgelistet, wie etwa die Durchführung von Schulungen, die Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten oder die Unterstützung bei der Einführung biometrischer Verfahren.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel behandelt die Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes. In Absatz 1 wird klargestellt, dass die Zusammenarbeit allein nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und auf freiwilliger Basis erfolgt.

In Absatz 2 wird aufgeführt, wie die Vertragsparteien den Informations- und Erfahrungsaustausch verstärken werden, etwa indem Fachleute ihr Wissen über Katastrophenhilfe austauschen, nach Möglichkeit gemeinsame Übungen vorbereitet werden oder bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen Personal und Ausrüstung entsendet wird.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel hat die Entsendung von Verbindungsbeamten zum Gegenstand. Durch die Formulierung „bei Bedarf“ in Absatz 1 wird klargestellt, dass die Entsendung von Verbindungsbeamten nicht zwingend ist, sondern den Vertragsparteien die Möglichkeit offenstehen soll, die konkrete Entscheidung über diese Form der Zusammenarbeit unter anderem von den jeweiligen Kapazitäten sowie einer kriminalistischen Bewertung abhängig zu machen.

Absatz 2 stellt klar, dass die Verbindungsbeamten ohne selbstständige Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse unterstützend und beratend tätig werden.

Zu Artikel 6

Gemäß diesem Artikel verpflichten sich die Vertragsparteien, die Fälschungssicherheit ihrer Reisedokumente auf höchstem Niveau zu gewährleisten. Sie werden ihre Reisedokumente hinsichtlich der Einhaltung der von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation empfohlenen Mindestsicherheitsstandards überprüfen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen so bald wie möglich vornehmen.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel behandelt die Übermittlung von Informationen zwischen den Vertragsparteien. Gemäß Absatz 1 erfolgt die Übermittlung von Informationen durch die nach Artikel 8 zuständigen Stellen auf schriftliches Ersuchen hin.

Absatz 2 definiert die nötigen Bestandteile eines solchen schriftlichen Ersuchens und die hierfür zur Verfügung stehenden Sprachen.

Absatz 3 sieht vor, dass die Vertragsparteien einander auch ohne Ersuchen Informationen mitteilen, wenn dies bei der Verhütung, Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten der organisierten und der schweren Kriminalität von Bedeutung ist.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Gemäß Absatz 4 dürfen die übermittelten Informationen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei an Dritte weitergeben werden.

Zu Artikel 8

Gemäß Absatz 1 erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen den dort aufgeführten zuständigen Stellen der Vertragsparteien.

Änderungen der Zuständigkeiten oder der Bezeichnungen der Behörden werden gemäß Absatz 2 auf diplomatischem Weg angezeigt.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel sieht vor, dass die Vertragsparteien bei Bedarf Konsultationen abhalten können, um der Zusammenarbeit mehr Wirksamkeit zu verleihen.

Zu Artikel 10

In diesem Artikel werden für die Übermittlung und Verwendung personenbezogener Daten im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit wechselseitige Verpflichtungen der Vertragsparteien begründet. Diese Verpflichtungen lassen das nationale (Datenschutz-)Recht unberührt; dieses haben die Vertragsparteien jeweils zu beachten.

Nummer 1 sieht einen Unterrichtungsanspruch der übermittelnden Stelle einer Vertragspartei über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse durch die empfangende Stelle der anderen Vertragspartei vor.

Nummer 2 ist eine Ausprägung des Zweckbindungsgrundsatzes. Personenbezogene Daten, die aufgrund des Abkommens der anderen Vertragspartei übermittelt wurden, dürfen von dieser nur zu den im Abkommen festgelegten Zwecken und zu den Bedingungen, die die übermittelnde Stelle im Einzelfall stellt, verwendet werden.

Nummer 3 unterwirft die Übermittlung und Verwendung der Daten durch die Stellen der Vertragsparteien dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und verpflichtet zur Achtung auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie zur Berichtigung oder Löschung unrichtig übermittelter Daten.

Nummer 4 regelt das Auskunftsrecht des Betroffenen.

Wird jemand im Zusammenhang mit der Datenübermittlung aufgrund des Abkommens rechtswidrig geschädigt, gewährt ihm Nummer 5 einen Schadensersatzanspruch gegenüber der empfangenden Stelle nach Maßgabe des für diese geltenden innerstaatlichen Rechts.

Die Nummern 6 bis 8 enthalten Regelungen zur Löschung, zur Protokollierung der Übermittlung und zur Sicherung der Daten.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel regelt die Grenzen der Zusammenarbeit. Absatz 1 gestattet es jeder Vertragspartei, die Zusammenarbeit nach dem Abkommen aus den in den Nummern 1 bis 5 genannten Gründen ganz oder teilweise zu verweigern oder an Bedingungen zu knüpfen.

Über die der Ablehnung zugrunde liegenden Gründe muss die ersuchende Vertragspartei nach Absatz 2 schriftlich unterrichtet werden. Im Falle der Übermittlung personenbezogener Daten trifft Artikel 10 eine spezielle und abschließende Regelung.

Zu Artikel 12

Absatz 1 stellt noch einmal klar, dass die Zusammenarbeit der Vertragsparteien nach Maßgabe ihres innerstaatlich anwendbaren Rechts erfolgt.

Gemäß Absatz 2 werden durch das Abkommen die aus zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften herrührenden Verpflichtungen der Vertragsparteien wie auch die innerstaatlichen Bestimmungen über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen nicht berührt. Zudem ist geregelt, dass das Abkommen keine Grundlage für Ersuchen zur Informations- oder Datenübermittlung zum Zwecke der Verwendung als Beweismittel in Strafverfahren darstellt.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt in Absatz 1, wann das Abkommen in Kraft tritt. Mit seinem Inkrafttreten wird gemäß Absatz 2 das Abkommen zwischen den Vertragsparteien vom 7. April 2003 über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung (BGBl. 2004 II S. 1570, 1571) außer Kraft treten. Absatz 3 sieht schließlich vor, dass die Vertragsparteien im Einvernehmen das Abkommen überarbeiten können.

Zu Artikel 14

Gemäß diesem Artikel wird das Abkommen auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann von jeder Vertragspartei gekündigt werden.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Registrierung des Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.